

Schluss mit prekärer Arbeit und tariffreien Bereichen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin!

Kurz-Bericht von der AfA-Versammlung am 16. September 2014 im Wilhelm-Leuschner-Saal des DGB-Hauses

Rund 150 Kolleginnen und Kollegen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen waren der Einladung von vier Kreisverbänden der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) gefolgt, um gemeinsam über die Situation prekärer Beschäftigung im Land Berlin zu diskutieren – und über die Frage: Was tun?

Ob sie aus dem Gesundheitswesen kamen, von der Charité Facility Management (CFM) und von Vivantes, aus dem Kulturbereich, den Musikschulen, der VHS, dem Technikmuseum, dem Botanischen Garten und dem Opernhaus, aus den Schulen und Universitäten, den Schul- und Landesbibliotheken, den Verkehrsbetrieben BVG und S-Bahn, aus den Kinder- und Jugendambulanzen, den Wohnungsbaugesellschaften, vom Flughafen – die Kolleginnen und Kollegen schilderten mit sehr beeindruckenden Worten die ungesicherten, ja häufig entwürdigenden Arbeitsverhältnisse, denen sie ausgeliefert sind.

Ein wichtiger Austausch hat begonnen.

Die Veranstaltung wurde zu einer überzeugenden Demonstration für die Forderungen, die an die anwesenden Verantwortlichen der SPD und der AfA gerichtet wurden:

Es muss Schluss sein mit prekärer Beschäftigung, mit einer Politik des Kaputtsparens, deren Ergebnis Ausgliederungen, Lohndumping und Tarifflicht sind.

Engeladen waren der SPD-Landesvorsitzende **Jan Stöß**, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus **Raed Saleh**, der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, **Michael Müller***, **Jörg Stroedter**, SPD, MdA, Ausschuss Beteiligungsmanagement, **Birgit Monteiro**, MdA, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Abgeordnetenhausfraktion und **Christian Haß**, Landesvorsitzender der Berliner AfA.

Außerdem nahmen teil: **Christian Hossbach**, stellv. DGB-Vorsitzender Berlin-Brandenburg, **Roland Tremper**, stellv. Bezirksgeschäftsführer ver.di Berlin, **Heiko Glawe**, DGB-Regionalgeschäftsführer Berlin und **Annegret Hansen**, stellv. Bundesvorsitzende der AfA.

Die Beiträge auf der Veranstaltung sollen in einer Dokumentation zusammengefasst und für das weitere politische und gewerkschaftliche Handeln veröffentlicht werden.



Bereits auf der Versammlung wurde von zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Erklärung unterzeichnet, die wir in der Anlage veröffentlichen und von der wir hoffen, dass sie weitere Unterstützung findet, um das Signal, das von der Versammlung am 16. September ausgehen kann, zu unterstreichen.

Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für Ihre Diskussionsbeiträge.

Dr. Ursula Walker (AfA Treptow-Köpenick, ver.di, Mitglied der BVV)

Gotthard Krupp (AfA Charlottenburg-Wilmersdorf, ver.di-Bezirksvorstand Berlin)

Sven Meyer (AfA Reinickendorf, ver.di Fachbereich 13)

Volker Prasuhn (AfA Tempelhof-Schöneberg, ver.di Fachbereich 13)

*) Michael Müller musste sich entschuldigen lassen, weil er wegen einer Verpflichtung als Bürgermeister von Berlin in New York weilte. Er sandte eine Grußadresse an die Versammlung.



Christian Hass, Afa-Landesvorsitzender:

Die Afa lehnt alle Formen prekärer Beschäftigung ab: „Es darf keine tarifvertragsfreien Zonen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin geben.“ Die Afa fordert politische Maßnahmen für Tarifverträge – gegen Ausgründungen, von der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Sven Meyer,

Afa Reinickendorf:

„Wie kann es sein, dass der Parteitag, der Landesvorstand, ja auch die Fraktion Stellung nimmt gegen prekäre Beschäftigung bei der CFM und für Tarifverträge und trotzdem wird es nicht durchgeführt. Im Gegenteil, bei Vivantes wird jetzt prekäre Beschäftigung organisiert. (...) Die Schuldenbremse darf nicht als Legitimierung von prekären Arbeitsverhältnissen dienen. (...) Wie kann es sein, dass sich die SPD eindeutig zu „guter Arbeit“ bekennt und trotzdem das Schlichtersystem anwendet?“

Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD:

„Es dürfte gar nicht sein, dass man prekär im Landesdienst beschäftigt ist, dass es tarifvertragsfreie Bereiche im Landesdienst gibt“ (...) Wir brauchen „einige ganz klare Grundsätze, an die wir uns dann auch verbindlich halten. Mit dieser Politik der Ausgliederungen aus öffentlichen Unternehmen muss ganz einfach Schluss sein.“

Eine Tarifbindung müsse eine Selbstverständlichkeit sein und nicht etwas was man sich noch mal extra erkämpfen muss, ganz bestimmt nicht im Öffentlichen Verantwortungsbereich.

Auf diesen Seiten können wir nur kurze Auszüge aus einigen Berichten wiedergeben. In ihnen spiegelt sich eindrucksvoll, was gemeint ist, wenn von Berlin als „Hauptstadt der prekären Beschäftigung“ gesprochen wird.

Eine möglichst umfassende Dokumentation der Versammlung wird vorbereitet. Wir wenden uns an alle, die eigene Beiträge zur Verfügung stellen können, uns diese dafür zu zusenden.

Vier Afa-Kreisverbände hatten eingeladen, um den Betroffenen selbst eine Stimme zu geben und ein Forum dafür, ihre Forderungen an die SPD-Verantwortlichen zu richten und entsprechende politische Entscheidungen einzufordern.

Ursula Walker, Afa Treptow-Köpenick, erklärte als Versammlungsleiterin in ihrer Begrüßung:

„In den Bereichen mit prekärer Beschäftigung, die mittelbar und unmittelbar mit dem Land Berlin und den Bezirken zusammenhängen, arbeiten die Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen, in Scheinselbstständigkeit, am Rande des Existenzminimums, ohne Arbeitnehmervertretung. Trotz aller Reden über „gute Arbeit“, die Entwicklung zu einer Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnissen schreitet fort. Mit der politischen Entscheidung im Zuge der Schuldenbremse, das Personal im Land Berlin und in den Bezirken weiter im erheblichen Umfang abzubauen, wird weiteren Ausgründungen Vorschub geleistet. Ganze Bereiche werden fremdvergeben.“

CFM - Tarifvertragsfreie Zone bei der Charité und Vivantes

Kati Ziemer, Betriebsrätin der Charité Facility Management (CFM): Die Charité wurde vor 8 Jahren ausgegliedert, wobei die Öffentliche Hand immer noch die Mehrheit hat. Die Ausgliederung an ein Unternehmenskonsortium wurde jetzt erneut bis 2018 verlängert. Ziel des Senats: es soll weiter eingespart werden, „sicher nicht an den Gewinnen, die die CFM macht, eher an den Gehältern und Löhnen an den Beschäftigten.“ **Bis heute hat die CFM keinen Tarifvertrag,** obwohl wir 2011 lange dafür gestreikt haben. Im Ergebnis seien 8,50 € Mindestlohn rausgekommen, lange bevor die gesetzliche Regelung gekommen ist. **„Damit gilt die CFM als guter Arbeitgeber,“** aber die KollegInnen kommen nicht weit damit. Die Zahl der Beschäftigten, die sich Geld beim Amt holen müssen, steigt ständig. Befristete Arbeitsverhältnisse und Teilzeit, Kündigungen in der Probezeit, die Arbeitsbedingungen sind schlecht, Doppelschichten werden immer mehr gefahren. **Die SPD hat den Beschäftigten geantwortet und einen Antrag vom Senat die Rückführung der CFM in die Charité und den gemeinsamen Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes gefordert.** Wowereit hielt dagegen, er wolle sich nicht einmischen.

Volker Gernhardt, Betriebsrat von Vivantes, stellte dar, das Vivantes in seinem zehnjährigen Bestehen, 14 Tochtergesellschaften gegründet hat, von denen eine „Reihe in tariflosem Zustand sind.“ Und es soll nun auch eine Art CFM gegründet werden. 800 Beschäftigte sollen in eine Art Service GmbH überführt werden. Das wird zu prekären Arbeitsverhältnissen führen. Mehr als ein Drittel aller Beschäftigten sollen in Tochtergesellschaften überführt werden. **„5.000 KollegInnen werden so aus dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst rausgebrochen.“**

Die KollegInnen fordern, dass diese Ausgliederungen nicht erfolgen, keine Töchter weiter gegründet werden und die Überführung der 800 KollegInnen in die Service GmbH nicht erfolgt.

Eine **Kollegin** forderte im Namen des ver.di **Aktionsbündnisses der TherapeutInnen** gegen Ausgliederung bei Vivantes von den politisch Verantwortlichen im Senat und Aufsichtsrat, die geplante Ausgliederung zu verhindern und der Finanzierungsverpflichtung des Senats nachzukommen. **„Leute, so geht das nicht gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“**

Ein Berufsstand im Prekariat

Stefan Gretsch, Bundesvorsitzender der ver.di Fachgruppe Musik und Musikschullehrer in Tempelhof-Schöneberg: Es gibt 12 Musikschulen in Berlin mit 2000, überwiegend freiberuflich arbeitenden, Musikschullehrern, die einen arbeitnehmerähnlichen Status haben, also auch ein Recht auf einen Tarifvertrag. Sie erteilen 85% des Unterrichts. Ca. 200 sind festangestellt, zu einem großen Teil unfreiwillig in Teilzeit. Die Honorarverträge sind so etwas wie ein Werkvertrag. Ein kompletter Berufsstand wurde und wird ins Prekariat getrieben. So schlecht wie hier in Berlin ist es mit Abstand im ganzen Bundesgebiet nicht. Die Forderung: Setzt die Parteitagebsbeschlüsse zu den Musikschulen um: Abbau der prekären Beschäftigungsverhältnisse.

Annette Breitspacher von Landeslehrervertretung der Berliner MusikschullehrerInnen berichtet sehr plastisch vom praktischen Arbeitsleben der Musikschullehrer und kritisierte die neuen Ausführungsbestimmungen des Senats zu den Honorarverträgen, die weitere Verschlechterungen für die LehrerInnen mit sich gebracht hätten.

Kerstin Laux vom Technikmuseum zeigte auf, wie auch hier in Tochtergesellschaften ausgegliedert wurde, um den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst zu umgehen. Ein Großteil arbeiten befristet. Die KollegInnen werden so eingeschüchtert, schließlich müssen sie immer hoffen, eine Verlängerung zu bekommen oder gar eine Entfristung. Das ist ein Hindernis für die Gewerkschaftsarbeit und erschwert die Arbeit des Betriebsrates.

Linda Guzzetti berichtete über die Situation der Lehrbeauftragten an den Hochschulen: „Die Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten sind sehr problematisch: Obwohl viele Lehrbeauftragte von ihrer Tätigkeit leben, sind sie keine Beschäftigten der Hochschulen, gelten auch nicht als Arbeitnehmerähnlich, sondern sind sie einfach prekär tätig. Die Hochschulen vergüten die Unterrichtseinheiten mit einem Pauschalbetrag (min. 21,40 €) und beteiligen sich nicht an den Sozialversicherungen der Lehrbeauftragten (...) Diese „haben Anspruch weder auf Fortzahlung im Krankheitsfall noch auf Mutterschutz und bezahlten Urlaub. Selbstverständlich weiß der Senat, dass die Hochschulen einen hohen Anteil der Lehre mit Lehraufträge abdecken. (...) Im Aufruf der Lehrbeauftragten zu einem Aktionstag am 6. November wird gefordert: „,dass in den künftigen Verträgen zwischen dem Land Berlin und den Berliner Hochschulen die Grundfinanzierung der Hochschulen so erhöht wird, dass reguläre Lehrveranstaltungen durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse abgedeckt werden (...)“

KollegInnen der Schulbibliotheken, Treptow Köpenick, berichteten, dass es bei ihnen nur befristete Anstellungen gibt, d.h. keine festen Arbeitsverträge, nur Zwei-Jahresverträge.

Peter Rüssmann von der LehrInneninitiative Bildet Berlin und der GEW: (...) „Unter den Dächern der Berliner Schulen finden wir eine Mehrklassengesellschaft der Bezahlung von Lehrkräften, die die Beschäftigten ganz überwiegend bei gleicher Qualifikation und gleicher Tätigkeit erdulden müssen. In der Bel-Etage finden sich die beamteten Lehrkräfte, darunter Im Erdgeschoss und im Keller die angestellten Lehrkräfte, die Quereinsteiger und die Saisonverpflichteten. (...) Es gibt keinen vollständigen Tarifvertrag, es gibt für gleiche Arbeit bei gleicher Qualifikation NICHT den gleichen Lohn.“

Ein Kollege vom Botanischen Garten berichtete, dass auch hier 2007 eine neue Betriebsgesellschaft ausgegründet wurde, damit neue Beschäftigte ohne Tarifvertrag, zu Niedrigstlöhnen eingestellt werden konnten. Sie verdienen bis zu 50% weniger als ihre Kollegen. er rief dazu auf, sich in der Gewerkschaft zu organisieren, um gegen die Prekarisierung zu kämpfen.

Eine Kollegin der Volkshochschulen erklärte, dass bei ihnen die Arbeitsbedingungen wie bei den Musikschulen sind. Sie schilderte sehr plastisch, wie der prekären Arbeit die Altersarmut folgt.

KollegInnen vom Sozialverband Berlin Brandenburg, für Kinder und Jugendambulanzen: „Wir stehen hier stellvertretend für die Angestellten der zuwendungsfinanzierten sozialen Dienste der freien Träger in Berlin. Sie weisen auf die in den letzten 15 Jahren steigende Arbeitsbelastung hin, bei einem Reallohnverlust von 30 %. So sehen sich KollegInnen gezwungen, um die Ausbildung der Kinder, Wohnungen und Fortbildung finanzieren zu können, Zweitjobs anzunehmen. (...)“

Die KollegInnen fordern:

- ◆ Abschaffung der tariffreien Bereiche in den sozialen Diensten des Landes Berlin!
- ◆ Sicherstellung der Versorgung durch angemessene Budgets!
- ◆ Beschäftigte von Trägern, die öffentliche Aufgaben des Senats übernehmen, haben das Recht auf Gleichstellung mit Beschäftigten des öffentlichen Dienstes!“

Staatliche Unternehmen im Markt - Wettbewerb:

Peter Polke (Betriebsrat bei der S-Bahn): „Alle Bereiche der S-Bahn, die ihr seht, Bahnhöfe, Aufsichten, Servicemitarbeiter, sind schon zu 80 % in prekärer Beschäftigung. Das ist die Folge der Politik des Senats, ein staatliches Unternehmen in den Wettbewerb zu pressen. ... Es werde nur noch im Sinne des Wettbewerbs gehandelt – nicht mehr im Sinne der Landesunternehmen als Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.“

Jürgen Fehlau (BVG): Neue Leute werden nicht eingestellt, weil die Geschäftsführung nur die schwarze Null erreichen will. Es gibt zu wenig Fahrer (...) Die 2000 ausgegründete Berlin Transport stellt z.B. Kollegen auf zwei Jahre befristet ein. Dann können sie sich bei der BVG mit neue Probezeit über ein halbes Jahr bewerben.

Andre Fernitz schilderte an dem Beispiel der **Bodenverkehrsdienste am Flughafen**, wie ein privatisierter Betrieb über Ausgründungen und Umstrukturierungen systematisch die Löhne senkt.

Volker Prasuhn, AfA Tempelhof-Schöneberg, berichtete von den Wohnungsbaugesellschaften, dass auch diese verschiedene Bereiche ausgegliedert haben, was zugleich zu Tariffucht genutzt wurde. Wenn es wieder Tarifverträge gibt, sind es Haustarifverträge. „Die Ursache sind die Sparzwänge. (...) Die Schuldenbremse ist das Werkzeug zur Schaffung prekärer Beschäftigung.“

Gotthard Krupp, AfA-Charlottenburg—Wilmerdorf, erklärte im Schlusswort: „Wer sagt, es darf keine prekäre Beschäftigung im Verantwortungsbereich des Landes Berlin geben, der muss auch sagen, Schluss mit der Kaputtsparpolitik zur Erfüllung der Schuldenbremse. Das war nicht der politische Auftrag der Arbeitnehmer-WählerInnen an die SPD. In diesem Sinne möchte ich die Bedeutung der ver.di Kampagne: „Ja zu Berlin – Nein zum Kaputtsparen“ betonen, auf die wir uns als Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer in der SPD stützen werden.“

Raed Saleh, SPD-Fraktionsvorsitzender

„Ich finde, dass die SPD in den letzten Jahren viel an Glaubwürdigkeit verloren hat.“ (...) In der letzten Legislaturperiode, also unter rot-rot, gab es „permanent Anträge von Parteitagen, die aber nie umgesetzt worden sind.“ Andererseits „haben wir in Berlin ein Vergabegesetz umgesetzt, weil unser Grundsatz war Gleicher Lohn Ost und West, Frau und Mann, für gleiche Arbeit. Das ist ein ursozialdemokratischer Grundsatz.“ (...) „Haben wir den Mut, grundsätzlich zu sagen: Wir dulden bei uns in unseren eigenen Unternehmen keine prekäre Beschäftigung? Das ist die Frage.“

Michael Müller, SPD– Senator:

„Natürlich tragen der öffentliche Dienst und unsere Landesunternehmen eine besondere Verantwortung für die verlässliche Umsetzung von Tarifverträgen und für geregelte Arbeitsbedingungen.“ (aus seinem Grußwort an die Veranstaltung)

Birgit Monteiro, MdA:

„Das Ausmaß an prekärer Beschäftigung in Einrichtungen des Landes Berlin sowie in Töchterunternehmen und Beteiligungen ist erschreckend und konterkariert unser Ziel der Guten Arbeit. Ich werde mich damit nicht abfinden und brauche für entsprechende Anträge die Unterstützung unserer Vertreter im Senat und in der Fraktion. Das Verhältnis von Wort und Tat ist der Gradmesser unserer Glaubwürdigkeit.“

Jörg Stroedter, MdA:

Alles das, was wir hier hören, ist Folge der Politik die die SPD maßgeblich in den letzten 20 Jahren gemacht habe, unter den SPD-FinanzsenatorInnen Fugmann-Heesing, Sarrazin, Nußbaum. : „Wenn man so an allen Ecken und Enden spart, kommt es bei den Beschäftigten an, vor allen bei denen des Öffentlichen Dienstes.“

Erklärung

Keine Prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin!

Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaften der ArbeitnehmerInnen (AfA) von Reinickendorf, Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg und Treptow-Köpenick, haben sich Beschäftigte aus verschiedenen Bereichen am 16. September 2014 im DGB-Haus getroffen und diskutiert.

Auf der Grundlage der Berichte aus landeseigenen Krankenhäusern (Charité, CFM, Vivantes) und Wohnungsbaugesellschaften, von Hochschul-Lehrbeauftragten, aus den Musikschulen, Bibliotheken, dem Botanischen Garten, dem Technik-Museum und von den angestellten Lehrern, aus den Sozialen Diensten, und aus den Verkehrsbetrieben,

erklären wir:

- ◆ **Schluss mit den prekären, entrechteten Arbeitsverhältnissen in Berlin!**
- ◆ **Schluss mit der Ausweitung ungesicherter Arbeit!**
- ◆ **Schluss mit der Auslagerung von ganzen Arbeitsbereichen mit den Folgen mangelnder tarifvertraglichen Regelungen und Schutzbestimmungen.**

Die Berichte zeigen, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Erfahrungen mit prekärer Beschäftigung gemacht haben: mit der Befristung der Arbeitsverträge, mit Entgeltverträgen statt Tarifverträgen, d.h. mit tarifvertragsfreien Zonen. Das bedeutet ungleiche Entlohnung, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, extreme Arbeitsbelastung und Existenznöte ...

Es muss Schluss sein mit der rigiden Sparpolitik auf Kosten der Beschäftigten - im Namen der Schuldenbremse und der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit (ob mit oder ohne Beteiligung privater Anteilseigner).

Die Schaffung von Niedriglohnsektoren mit unsicherer Beschäftigung und tarifvertragsfreien Zonen zielen immer auch auf eine Schwächung unserer Gewerkschaften in den Betrieben.

Wir begrüßen es, dass die AfA Berlin die Aktivitäten der DGB-Gewerkschaften zur Sicherung der Tarifbindung in allen Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge, die dem Ziel dienen, die Flächentarifverträge des Öffentlichen Dienstes Geltung zu verschaffen, unterstützt.

Berlin braucht ein Investitionsprogramm, finanziert aus dem öffentlichen Haushalt.

Wir fordern alle Berliner SPD-Verantwortlichen und Abgeordneten auf – alle die sich auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend berufen:

- ◆ **Ergreift politische Initiativen gegen jede Form der Ausgliederungen, gegen Lohndumping und Tariffucht.**
- ◆ **Sagt Nein zu prekären, entrechteten Beschäftigungsverhältnissen und tarifvertragsfreien Zonen in Berlin.**

ErstunterzeichnerInnen : Gotthard Krupp (ver.di Bezirksvorstand Berlin, AfA-Charlottenburg-Wilmersdorf) Sven Meyer (ver.di, FB 13, AfA Reinickendorf) Volker Prasuhn (ver.di FB 13, AfA Tempelhof-Schöneberg) Dr. Ursula Walker (ver.di, AfA Treptow-Köpenick, Mitglied der BVV).

Auf der Veranstaltung haben sich weit mehr als 100 KollegInnen den Forderungen angeschlossen

Ich schließe mich den Forderungen an:

Name, Vorname E-Mail Gewerkschaft Betrieb



„Die Schuldenbremse muss durchbrochen werden, um der Kaputtsparpolitik gegen die Länder und Kommunen, gegen die Öffentliche Daseinsvorsorge, um der Tariffucht und Ausweitung der Prekarisierung (im Namen der Wettbewerbsfähigkeit) ein Ende zu setzen!“ (ver.di Berlin)

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD ...



... ist das Forum für engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Erwerbslose, aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Vertrauensleute, Jugendvertreter, Betriebs- und Personalräte in und mit der SPD. Wir treten dafür ein, dass die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in der SPD ihre politische Vertretung finden. Die Treffen und Veranstaltungen der AfA zu aktuellen Themen sind offen für alle interessierten Kolleginnen und Kollegen - auch für Nichtmitglieder.

Ansprechpartner:

- **Reinickendorf:** Sven Meyer, Mobiltelefon 0176 / 48296356, E-Mail: sven.meyer@wehmut.de
- **Charlottenburg-Wilmersdorf:** Gotthard Krupp, Mobiltelefon 0170/2474293, E-Mail: afa-cw@t-online.de
- **Tempelhof-Schöneberg:** Volker Prasuhn, Mobiltelefon 0163/6922752; E-Mail: v.prasuhn@gmx.de
- **Treptow-Köpenick:** Dr. Ursula Walker, E-Mail: uwalkerberlin@googlemail.com

Mehr über die **AfA Berlin** und Infos und Kontakte in anderen Berliner Bezirken unter www.spd-afa-berlin.de